Verordnung über die Studien-, Kurs- und Verwaltungsgebühren in der kantonalen Berufsbildung (Gebührenverordnung Berufsbildung)

Vom 8. Mai 2018

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt,

gestützt auf § 4 des Gesetzes über die Verwaltungsgebühren vom 9. März 1972 ¹⁾, § 20 Abs. 3 des Gesetzes betreffend die Berufsfachschule Basel (BFS Basel) vom 27. Juni 1963 ²⁾ und § 28 Abs. 3 des Gesetzes betreffend die Allgemeine Gewerbeschule Basel (AGS Basel) und die Schule für Gestaltung Basel (SfG Basel) vom 20. Dezember 1962 ³⁾, unter Verweis auf seine Erläuterungen Nr. P180545,

beschliesst:

I.

I. Allgemeines

§ 1 Gegenstand und Geltungsbereich

¹ Diese Verordnung regelt die Gebühren für Bildungsgänge und Kurse der höheren Berufsbildung sowie für Kurse der berufsorientierten Weiterbildung an den kantonalen Berufsfachschulen und an der Höheren Fachschule Bildungszentrum Gesundheit Basel Stadt (BZG).

² Sie regelt zudem die Gebühren für Kurse für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner, die vom Bereich Mittelschulen und Berufsbildung selbst durchgeführt werden.

II. Studien- und Kursgebühren

§ 2 Bildungsgänge an höheren Fachschulen

¹ Die Bildungsanbieter erheben von den Studierenden folgende Studiengebühren:

- a) für Bildungsgänge der höheren Fachschulen in Vollzeit maximal Fr. 700 pro Semester;
- b) für Bildungsgänge der höheren Fachschulen in Teilzeit maximal Fr. 250 pro Wochenlektion und pro Semester.

§ 3 Vorbereitungskurse auf Berufsprüfungen und höhere Fachprüfungen

¹ Für Vorbereitungskurse auf Berufsprüfungen und höhere Fachprüfungen erheben die Bildungsanbieter von den Teilnehmenden in der Regel kostendeckende Kursgebühren.

§ 4 Berufsorientierte Weiterbildung

¹ Für Angebote der berufsorientierten Weiterbildung erheben die Bildungsanbieter von den Teilnehmenden Kursgebühren von maximal Fr. 300 pro Wochenlektion und pro Semester.

² Für Angebote, die weniger als ein Semester dauern, werden Kursgebühren von maximal Fr. 35 pro Einzellektion zu 45 Minuten erhoben.

§ 5 Kurse für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner

¹ Für obligatorische Kurse für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner erhebt der Bildungsanbieter von den Teilnehmenden eine Kursgebühr von Fr. 300. Die Lehrbetriebe haben sich angemessen an dieser Gebühr zu beteiligen.

² Für freiwillige Weiterbildungskurse für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner kann von den Teilnehmenden eine Kursgebühr von maximal Fr. 300 erhoben werden.

§ 6 Lehrmittel und Verbrauchsmaterialien

¹ In den Studien- und Kursgebühren nicht enthalten sind Kosten für Lehrmittel, Verbrauchsmaterialien, Verpflegung und dergleichen.

¹⁾ [SG 153.800](#)

²⁾ [SG 423.100](#)

³⁾ [SG 421.100](#)

² Diese Kosten gehen zu Lasten der Studierenden oder Kursteilnehmenden und werden als kostendeckende Pauschale erhoben.

§ 7 Zahlungstermin und Teilzahlungen

¹ Studien- und Kursgebühren sind vor Studien- beziehungsweise Kursbeginn semesterweise zu entrichten. Der Bildungsanbieter kann in Härtefällen Teilzahlungen bewilligen.

² Der Bildungsanbieter kann die Zulassung zum Unterricht von einem entsprechenden Nachweis abhängig machen oder Studierende oder Kursteilnehmende, welche die Gebühren trotz Mahnung nicht bezahlt haben, vom Unterricht ausschliessen.

§ 8 Erlass und Rückerstattung

¹ Der Bildungsanbieter kann in Härtefällen die Studien- oder Kursgebühr auf Gesuch hin ganz oder teilweise erlassen.

² Studierenden oder Kursteilnehmenden, die ohne triftigen Grund sich nach Kurs- oder Studienbeginn abmelden oder einen Bildungsgang beziehungsweise einen Kurs abbrechen, werden Studien- oder Kursgebühren nicht zurückerstattet.

III. Sonstige Gebühren

§ 9 Einschreibengebühren

¹ Der Bildungsanbieter kann von den Studierenden oder Kursteilnehmenden für die Bildungsgänge oder Kurse eine Einschreibgebühr von maximal Fr. 200 erheben.

² Die Einschreibgebühr ist in der Regel mit der Anmeldung zu entrichten.

³ Einschreibgebühren werden in keinem Fall zurückerstattet.

§ 10 Bearbeitungsgebühren

¹ Der Bildungsanbieter kann von den Studierenden oder Kursteilnehmenden folgende Bearbeitungsgebühren erheben:

- a) bei kurzfristiger Abmeldung oder unentschuldigtem Fernbleiben von Bildungsgängen oder Kursen eine Gebühr von maximal Fr. 250;
- b) für das Ausstellen von Diplomen, Kursausweisen und sonstigen Ausweisen sowie das Ausstellen von Duplikaten hiervon eine Gebühr von maximal Fr. 60;
- c) für die Registrierung von Diplomen in nationalen Berufsregistern zusätzlich zur Registrierungsgebühr eine Gebühr von maximal Fr. 50.

IV. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 11 Übergangsbestimmung

¹ Studiengänge und Kurse, die vor dem Schuljahr 2018/19 begonnen wurden, können zu den Gebühren gemäss der Kursgeldverordnung für kantonale Berufsschulen vom 5. August 2008 abgeschlossen werden.

II. Änderung anderer Erlasse

1.

Verordnung über den Vollzug des Kantonalen Gesetzes über die Berufsbildung (Berufsbildungsverordnung) vom 19. Februar 2008 ⁴⁾ (Stand 1. Januar 2009) wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 3 (geändert)

³ Gebühren betreffend Bildungsgänge und Kurse der höheren Berufsbildung, Kurse der berufsorientierten Weiterbildung sowie Kurse für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner richten sich nach der Verordnung über Studien-, Kurs- und Verwaltungsgebühren in der kantonalen Berufsbildung.

§ 12 Abs. 4 (aufgehoben)

⁴ *Aufgehoben.*

§ 27 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (aufgehoben)

¹ Bei kurzfristiger Abmeldung oder unentschuldigtem Fernbleiben von Prüfungen kann die zuständige Prüfungsleitung eine Bearbeitungsgebühr von maximal Fr. 250 erheben.

² *Aufgehoben.*

⁴⁾ [SG 420.210](#)

2.

Verordnung über das Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt (BZG) vom 15. Juni 2010 ⁵⁾ (Stand 14. August 2017) wird wie folgt geändert:

§ 3 Abs. 1 (geändert)

¹ Die Ausgaben der Schule werden vom Kanton bestritten, soweit sie nicht durch Beiträge des Bundes, Studien- und Kursgebühren sowie weitere Gebühren gedeckt sind.

Titel nach Titel V.

18. (aufgehoben)

§ 25 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

¹ Die Gebühren betreffend Bildungsgänge auf Niveau höhere Fachschule sowie Kurse der berufsorientierten Weiterbildung richten sich nach der Verordnung über Studien-, Kurs- und Verwaltungsgebühren in der kantonalen Berufsbildung.

² Die Studiengebühren für Bildungsgänge auf Niveau Fachhochschule richten sich nach der Fachhochschulgesetzgebung.

Titel nach § 25

19. (aufgehoben)

§ 26

Aufgehoben.

§ 27 Abs. 2 (neu)

² Unterrichtsmaterialbeiträge werden zurückerstattet, wenn die Abmeldung vor Studienbeginn erfolgt.

Titel nach § 27

21. (aufgehoben)

§ 28 Abs. 1 (aufgehoben), Abs. 2 (aufgehoben)

¹ Aufgehoben.

² Aufgehoben.

§ 29 Abs. 1 (aufgehoben)

¹ Aufgehoben.

III. Aufhebung anderer Erlasse

1.

Verordnung über die Erhebung von Ausleihgebühren in der Basler Berufsinformation vom 18. August 1992 ⁶⁾ (Stand 23. August 1992) wird aufgehoben.

2.

Verordnung über die von der Abteilung Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung zu erhebenden Gebühren (Gebührenverordnung ABBE) vom 4. Januar 2005 ⁷⁾ (Stand 1. Oktober 2012) wird aufgehoben.

IV. Schlussbestimmung

Diese Verordnung ist zu publizieren; sie tritt am 1. August 2018 in Kraft. Auf den gleichen Zeitpunkt wird die Kursgeldverordnung für kantonale Berufsfachschulen vom 5. August 2008 aufgehoben.

⁵⁾ [SG 427.100](#)

⁶⁾ [SG 420.250](#)

⁷⁾ [SG 810.150](#)

Im Namen des Regierungsrates
Die Präsidentin: Elisabeth Ackermann
Die Staatsschreiberin: Barbara Schüpbach-Guggenbühl